

nem Volumen von bis zu 100 Mio. US\$ für erlaubte und „geförderte“ Investitionen ist durch Lokalregierungen möglich, sonst muss die Genehmigung durch die Zentralregierung erfolgen. Über Projekte in der Kategorie „beschränkt“ muss ab einem Investitionsvolumen von 50 Mio. US\$ auf nationaler Ebene entschieden werden.

Die Lockerung der Investitionsbeschränkungen steht in direktem Zusammenhang mit den Bemühungen, den Strom von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) nicht abbrechen zu lassen und gleichzeitig die Reformauflagen im WTO-Beitrittsprotokoll umzusetzen.

Für das Jahr geht aus einem Bericht des MOFCOM hervor, dass insgesamt 43.664 neue Projekte genehmigt wurden (+6,29%), die ein zugesagtes Investitionsvolumen von 153,479 Mrd. US\$ (+33,38%) umfassten. Das Volumen der realisierten ADI belief sich auf 60,63 Mrd. US\$ (+13,3%). Für das Jahr 2005 erwartet die chinesische Regierung einen weiteren Anstieg der realisierten ADI auf rd. 70 Mrd. US\$.

Als wesentliche Merkmale der ADI im Jahre 2004 nennt das MOFCOM:

- Mehr Investitionen in High-tech-Industrien.
- Schneller Anstieg der ADI in Forschungs- und Entwicklungszentren, deren Zahl auf 700 anstieg.
- Multinationale Unternehmen errichteten 30 „regional headquarters“.
- Die Zahl der neuen Projekte in überhitzten Sektoren ging zurück.
- Rasanter Anstieg der ADI in den alten Industriestandorten Nordostchinas und Erhöhung der ADI in Zentral- und Westchina. (NfA, 2.3.05; CEN, 21.3.05; HB, 10.3.05)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

32 Stahlsektor: Output- und Nachfragewachstum flachen ab

Nach Einschätzung des Development Research Centre (DRC), das direkt dem Staatsrat untergeordnet ist, wird der Stahloutput in diesem Jahr langsamer wachsen als zuvor. Während das Wachstum im Jahr 2004 rd. 23% betragen hat, wird für das laufende Jahr nur noch mit einem Zuwachs von rd. 10% gerechnet.

Als Ursache des veränderten Wachstumstempos nennt die Vorsitzende der Baosteel Group und Vorsitzende des chinesischen Stahlverbandes Xie Qihua die Konzentration der Produktion auf Qualitätsstahl für den Schiffs- und Kfz-Bau. Dagegen werde die Nachfrage nach Stahl für den Wohnungsbau zurückgehen.

Baosteel, der sechstgrößte Stahlproduzent weltweit und Chinas größter Stahlerzeuger, plant durch einen Ausbau seiner Kapazitäten eine Verdoppelung des Outputs von rd. 20 Mio. t im Jahre 2004 in den kommenden fünf Jahren. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Preise für Eisenerz hat Baosteel die Stahlpreise im Februar um durchschnittlich 10% erhöht.

Der Preiserhöhung waren langwierige Verhandlungen mit den Anbietern von Eisenerzen vorangegangen. Die Anbieter Hamersley in Australien und Companhia Vale do Rio Doce aus Brasilien hatten die Preise stark angehoben. Baosteel hatte sich als Vertreter der Stahlindustrie mit einer Steigerung von 71,5% einverstanden erklären müssen.

Der Stahlaußenhandel schloss im Jahr 2004 mit einem Defizit von 15,07 Mio. t., Exporten von 14,23 Mio. t standen Importe von 29,3 Mrd. t gegenüber. Der Hauptanteil, nämlich 85,6% der Importe,

entfiel auf Produkte mit höherer Wertschöpfung wie Stahlbleche. Die Edlestahlexporte Chinas verdoppelten sich im letzten Jahr von 154.902 t auf 387.308 t.

In der Stahlindustrie wird die Restrukturierung der Unternehmen fortgesetzt. Mitte Februar d. J. kündigte die Anshan Iron and Steel Group an, dass sie mit Benxi Steel fusionieren werde. Beide Großunternehmen sind in der Provinz Liaoning angesiedelt. Nach dem Zusammenschluss wird das Unternehmen hinter Baosteel das zweitgrößte in China sein. (NfA, 3.2, 9.2., 15.2., 2.3.05; WSJ, 28.2.05; XNA, 28.2., 12.3.05)

33 Guangdongs Wirtschaft: Hochwachstum und Arbeitskräftemangel

Die südchinesische Provinz Guangdong weist auch im Jahr 2004 mit einem realen Wachstum von 14,2% ein weitaus höheres Entwicklungstempo als der Landesdurchschnitt (9,5%) auf. Obwohl die Provinzregierung eine Wachstumsrate von 10% anstrebt, erwarten Konjunkturforscher ein Wachstum zwischen 13 und 15%. Die Annahme stützt sich auf die wachstumsfördernden Auswirkungen von 14 großen Infrastrukturprojekten, die sich in der Realisierungsphase befinden.

Die Bevölkerung partizipierte am hohen Wachstum. Hohe Einkommen weisen vor allem die Einwohner der Boomstädte im Perlfussdelta auf. In Städten wie Guangzhou und Shenzhen liegt das BIP pro Kopf bei rd. 6.000 US\$ p.a.

Guangdongs Wachstum basiert vor allem auf der außenorientierten Wirtschaft und der starken regionalen Arbeitsteilung mit Hongkong. Die Sonderverwaltungsregion hat den überwiegenden Teil der verarbeitenden Industrie in das Perlfussdelta ausgelagert, das rd. ein Drittel zum gesamten chinesischen Export beiträgt (siehe Tabelle „Bedeutung der Region Perlfussdelta“).

Bedeutung der Region Perlfussdelta

	Anteil in % der Provinz Guangdong	Anteil in % der Gesamtwirtschaft
Landfläche	23,2	0,4
Registrierte Bevölkerung	30,9	1,8
Bevölkerung/Census 2000	47,8	3,2
Bruttoinlandsprodukt 2002	80,0	9,0
Außenhandel 2002	95,0	33,8
Exporte, 2002	94,2	34,3
ADI	88,6	22,0

Anmerkung: ADI = Ausländische Direktinvestitionen.

Quelle: InvestHK, „The Greater Pearl River Delta“, www.investhk.gov.hk.

Guangdong exportierte im Jahr 2004 Waren im Wert von 192 Mrd. US\$, eine Zunahme um 25% gegenüber 2003. Die Provinz absorbierte außerdem mit 10,1 Mrd. US\$ rd. ein Fünftel der ausländischen Direktinvestitionen, die nach China flossen.

Das hohe Wirtschaftswachstum hat dazu geführt, dass in Guangdong Arbeitskräftemangel aufgetreten ist. Dies trifft insbesondere für das Perlfussdelta zu, in dem nach Einschätzung offizieller Vertreter der Lokalregierung rd. 2 Mio. und nach Hongkonger Quellen sogar 4 Mio. Arbeitskräfte fehlen sollen. Als Gegenmaßnahme hat nun die Guangdonger Regierung die Bestimmungen über den Zuzug von Arbeitskräften gelockert. Nach dem Frühlingsfest zurückkehrende Wanderarbeiter sollen nunmehr Verwandte und Freunde mitbringen können, die in Guangdong arbeiten dürfen. Außerdem gab die Lokalregierung bekannt, dass sie auch aktiv Arbeitskräfte anwerben und Einstellungsmessen veranstalten werde.

Da in Shanghai und Beijing höhere Löhne als in Guangdong gezahlt werden, ist die Konkurrenz für das Perlfussdelta sehr stark. Kurzfristig wird nicht erwartet, dass sich die Arbeitsmarktlage entspannen wird. Dies gilt insbesondere für qualifizierte Arbeitskräfte.

Nach Angaben von Wu Qikai, stellvertretender Leiter des Arbeitsam-

tes der Provinzhauptstadt Guangzhou, beträgt die Zahl der registrierten Migranten in der Stadt 1,3 Mio. Guangzhou hat 7% offene Stelle für rd. 90.000 Arbeitskräfte, doch sollten diese qualifiziert sein. (NfA, 4.2., 22.2.05; SCMP, 15.2.05)

34 Kampagne gegen Produktfälschungen

Ende Februar d.J. wurden im Rahmen einer Kampagne gegen Produktfälschungen in Beijing mehrere 10.000 gefälschte CDs und Publikationen zerstört. Die eingesammelten CDs waren auf LKWs geladen und auf eine Baustelle im Norden der Stadt gebracht worden. Hier wurden sie vor den Augen des Publikums zerstört.

Um die Öffentlichkeitswirksamkeit zu erhöhen, waren bekannte internationale Musiker zu der Aktion dazugebeten worden. So traten die taiwanesischen Sänger Angela Chang und der südkoreanische Popstar Jang Nara auf, die Originalmusik-CDs signierten.

Das regelmäßig durchgeführte Schauspiel dient dazu, der Öffentlichkeit – einschließlich der ausländischen Vertreter – die Ernsthaftigkeit der Regierung zu demonstrieren, den Schutz der geistigen Eigentumsrechte durchzusetzen. Der Druck des Auslands auf die chinesische Regierung ist in den letzten Jahren gestiegen – nicht zuletzt, weil auch die Verstöße gegen Marken, Patente und andere Schutzrechte zugenommen haben. Die Verletzungen der Schutzrechte erstrecken sich auf nahezu alle Produkte, einschließlich Medikamente, Bekleidung oder Software, die für einen Bruchteil des eigentlichen Preises angeboten werden. Inzwischen sollen auch Spezialläden, in denen nur Fälschungen angeboten werden, eine Touristenattraktion geworden sein.

Produktfälschungen betreffen auch Inputs für die Agrarproduktion. Mitte März kündigte Landwirtschaftsminister Du Qinglin an, dass die Anstrengungen in diesem Jahr verstärkt werden, gegen Produktfälscher von Agrarinputs vorzugehen.

Es sollen Bauern über die Gefahren informiert und ihnen die Unterschiede zwischen gefälschtem und echtem Saatgut, Kunstdünger, Futtermitteln etc. durch Funktionäre und technisches Personal demonstriert werden.

Gefälschte Agrarinputs stellten im letzten Jahr erneut eine Bedrohung für viele Bauern dar. Nach Statistiken des Landwirtschaftsministeriums wurden 9,9 Mio. Kilogramm gefälschter bzw. schlechter Kunstdünger und 15,8 Mio. Kilogramm gefälschtes Saatgut sichergestellt.

Eine von der Nanjing-Universität vor kurzem durchgeführte Untersuchung machte deutlich, wie unzureichend die Kenntnisse auch der städtischen Bevölkerung über die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz geistigen Eigentums, das Rechtsempfinden der Bevölkerung und die Fähigkeit sind, echte von gefälschten Produkten zu unterscheiden. Die Untersuchung umfasste 600 Fragebögen, von denen 552 beantwortet waren, und bezog sich vor allem auf Produkte von Verlagshäusern. Von den Befragten gaben 89,6% an, dass Produktpiraterie gegen das Gesetz verstoße, sie jedoch keine Bedenken beim Kauf gefälschter Produkte hätten. Obwohl 90% der Befragten zustimmten, dass die Regierung gegen Raubkopierer vorgehen sollte, glauben 31,3%, dass dies aufgrund der besonderen Situation in China nicht möglich sei. Nahezu alle Befragten gaben an, dass sie gefälschte nicht von echten Produkten unterscheiden könnten.

Während der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März d.J. wurde im Jahresbericht der Staatsanwaltschaft die Zahl strafrechtlich verfolgter Personen mit 2.124 angegeben, die gefälschte Produkte wie Milchpulver, Alkohol, Medikamente, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel hergestellt oder vertrieben hatten. Dies war ein Anstieg um 56,2% gegenüber dem Jahr 2003. Es wurden 602 Verdächtige (+13,4%) wegen Verdacht auf Verletzung von Handelsmarken, Patenten und Copyrights festgenommen und weitere 638 Personen (+6,3%)

aus diesen Gründen strafrechtlich verfolgt.

Einem weiteren Xinhua-Bericht zufolge gab der Oberste Gerichtshof Anfang Februar die Zahl der zivilen Verstöße gegen geistiges Eigentum im Jahre 2004 mit insgesamt 8.832 an, ein Anstieg um 46,82% gegenüber 2003.

Obwohl die Zentralregierung durch- aus Anstrengungen unternommen hat, um gegen die Verletzung der geistigen Eigentumsrechte vorzuge- hen, sind die Erfolge aus Sicht vieler ausländischer Experten noch relativ gering. Dies wird beispielsweise in der Aussage von Timothy P. Train- er vor der US-China Economic and Security Review Commission am 4.2.2005 deutlich. Trainer kommt zu dem Schluss, dass sich trotz stär- kerer Anstrengungen zur Durchset- zung der Rechte, seit September 2004 wenig verändert habe. Ursäch- lich hierfür sei im Wesentlichen die Schwäche des Rechtssystems und Ineffizienzen, die das massive Auf- treten von Fälschungen und Pro- duktpiraterie ermöglichten. (WSJ, 26.2.05; XNA, 13.2., 3.2., 14.2., 16.2., 9.3.05; [http://www.uscc.gov/ hearings/2005hearings/written_tes timonies/05_02_3_4wrts/trainer_ timothy_wrts.html](http://www.uscc.gov/hearings/2005hearings/written_tes timonies/05_02_3_4wrts/trainer_ timothy_wrts.html))

35 Indikativplanung für 2005

Während der Tagung des NVK legte Ministerpräsident Wen Jiabao den Regierungsbericht vor, in dem nach einem Rückblick auf das Jahr 2004 auch die Daten für die Indikativpla- nung des Jahres 2005 genannt wur- den. (BBC EF, 5.3.05)

Als Rahmendaten für die gesamt- wirtschaftliche Entwicklung gelten:

- Wachstum des Bruttoinlands- produkts von 8%.
- Schaffung von 9 Mio. neuen Ar- beitsplätzen in den städtischen Gebieten.
- Quote der registrierten Arbeits- losen in den Städten, die nicht über 4,6% steigen soll.
- Inflationsrate bis 4%.
- Ausgeglichene Zahlungsbilanz.

Bezogen auf den Haushalt kündigte Wen folgende Veränderungen an:

- Beschränkung des Haushaltsde- fizits auf 300 Mrd. RMB. 19,8 Mrd. weniger als 2004.
- Abschaffung der Agrarsteuern in 592 großen ländlichen Bezir- ken im nationalen Plan zur Be- kämpfung der Armut.
- Transferzahlungen für den Agrarsektor: Zusätzliche Aus- gaben im Haushalt der Zentral- regierung von 14 Mrd. RMB, die eingesetzt werden, um den Rückgang in den lokalen Haus- halten nach Reduzierung der Agrarsteuern zu kompensieren. Dadurch werden die gesamten Ausgaben auf 66,4 Mrd. RMB erhöht.
- Zusätzliche Bereitstellung von 15 Mrd. RMB für die wichtigen Getreide produzierenden Regio- nen und an ländliche Bezirke in Finanzschwierigkeiten.
- Bereitstellung von 10,9 Mrd. RMB aus dem Haushalt der Zentralregierung für Wieder- beschäftigungsmaßnahmen, 2,6 Mrd. RMB mehr als 2004.
- Bereitstellung von 3 Mrd. RMB für die technische Modernisie- rung und für die Sicherheit von Kohlebergwerken.

In dem Bericht wird betont, dass es sich bei der Vorgabe von 8% um eine Leitlinie handelt, die in Überein- stimmung mit ökonomischen Verän- derungen angepasst werden kann.

Um die Indikativplanung umzuset- zen, sollen dem Bericht nach folgen- de Grundsätze beachtet werden:

- 1) Erfolgreiche gesamtwirtschaft- liche Kontrolle und Regulie- rung; Ausschaltung ungesun- der und instabiler Faktoren der Wirtschaftsentwicklung; struk- turelle Anpassung und Verän- derung der Wachstumsmodus; Aufrechterhaltung eines stabilen und schnellen Wirtschaftswachstums sowie eines stabilen Preisniveaus.
- 2) Förderung von Reform und Öffnung; Vertiefung der Re- formen und Anwendung ei-

nes wissenschaftlichen Ent- wicklungskonzeptes; bessere Nutzung der nationalen und internationalen Märkte und Ressourcen.

- 3) Verstärkte Anstrengungen beim Aufbau einer harmoni- schen Gesellschaft; eines de- mokratischen Rechtssystems; Berücksichtigung der Interes- sen verschiedener Gruppen; richtige Behandlung der Bezie- hung zwischen Reform, Ent- wicklung und Stabilität.

Die Realisierung der Vorgaben soll im Einzelnen von bestimmten Poli- tikmaßnahmen unterstützt werden. Dies ist der Hauptteil der Rede von Wen Jiabao, die in vielen Unterkapi- teln die Maßnahmen aufgreift und in verschiedenen Variationen darstellt. Im Folgenden werden schlaglichtar- tig einige der wichtigsten Maßnah- men und Politikgrundsätze vorge- stellt:

- 1) Übergang von einer expansi- ven Fiskalpolitik zu einer sta- bilen Finanzpolitik mit ange- messenen Politikmaßnahmen. Hierzu zählt die Emission von langfristigen Staatsanleihen in Höhe von 80 Mrd. RMB für die Finanzierung von Infra- strukturprojekten. Dies sind 30 Mrd. RMB weniger als 2004. Investitionen sollen in schwache Bereiche wie länd- liche Gebiete und Landwirt- schaft, ökologischer Umbau, Umweltschutz, Unterstützung Westchinas und Belebung der alten Revolutionsgebiete, in die Minderheitengebiete etc. fließen.
- 2) Fortsetzung der stetigen Geld- politik und Regulierung der Kreditmenge; Anleitung der Finanzunternehmen, ihre Kre- ditstrukturen und ihre Finanz- dienstleistungen zu verbessern sowie mehr Kredite an KMUs und an die Landwirtschaft zu vergeben. Auch soll die mit- tel- und langfristige Kreditver- gabe überwacht und die Kon- trolle der Finanzunternehmen erhöht werden.

- 3) Kontrolle des Umfangs der Anlageinvestitionen und damit zusammenhängend der Landnutzung und Kreditvergabe. Verbesserung der Industriepolitik für Schlüsselindustrien und Abbau der Engpässe im Transportsektor sowie beim Angebot von Kohle, Elektrizität und Erdöl.
- 4) Ausweitung der Konsumgüternachfrage und diesem Ziel dienliche Anpassung der Steuer-, Finanz- und Industriepolitik. Entwicklung von Konsumentenkrediten, Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in ländlichen Gebieten und des dortigen Distributionssystems, des Dienstleistungsverbrauchs, der Verbraucherberatung etc.
- 5) Aufrechterhaltung des Preisniveaus, insbesondere für einige grundlegende Agrarprodukte wie Getreide sowie für bestimmte Investitionsgüter.
- 6) Umsetzung der verschiedenen Politikmaßnahmen zur Lösung der drei ländlichen Fragen in Bezug auf Landwirtschaft, ländliche Gebiete und ländliche Bevölkerung.
- 7) Ökonomische Restrukturierung und Übergang zu einem anderen Wachstumsmodus mit Betonung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts.
- 8) Entwicklung von neuen und Hightech-Industrien und aktive Förderung der Informatisierung der Wirtschaft und Gesellschaft.
- 9) Standards für Energieeinsparung sowie Einsparung von Wasser und von Rohstoffen. Dieses Ziel soll umgesetzt werden beim Bau umweltfreundlicher Fahrzeuge sowie im Bau von privatem Wohnraum und öffentlichen Gebäuden.
- 10) Entwicklung einer Wirtschaft, die auf der Wiedergewinnung basiert und das Recycling von Ressourcen vorsieht.
- 11) Stärkung des Umweltschutzes und der ökologischen Bauweise.
- 12) Förderung einer koordinierten Regionalentwicklung.

- 13) Förderung der weiteren außenwirtschaftlichen Öffnung mit Verbesserung des Wachstumsmusters beim Außenhandel und bei ausländischen Direktinvestitionen.

Wie deutlich wird, ist der Katalog der Maßnahmen und Grundsätze sehr weit. Zusammenfassend kann allerdings ein Schwerpunkt auf der Zielsetzung „nachhaltige Entwicklung“ erkannt werden. Dies erscheint vor dem Hintergrund einer stark ineffizienten Wirtschaft mit hohem Ressourcenverbrauch und Umweltproblemen überfällig zu sein. Besonders sichtbar sind die Probleme beim Energieeinsatz im Industrie- und Bausektor. Die von den ersten zehn Städten demnächst vorliegenden Berechnungen über ihre „green GDP“, in dem die Kosten der Umweltverschmutzung eingehen werden, werden die Probleme noch deutlicher werden lassen. Experten rechnen damit, dass das Wachstum um 2% niedriger ist, wenn Umweltschäden in der Kalkulation berücksichtigt werden.

Die Betonung eines „wissenschaftlichen Entwicklungskonzeptes“ zielt außerdem auf die Abkühlung der Überhitzungstendenzen, die nach wie vor in einer Reihe von Sektoren bestehen. Das Einschwören der Lokalregierungen auf den Übergang zu einem stärker qualitativen Wachstum spielt eine zentrale Rolle. Vorreiter war im Februar d.J. die Beijinger Stadtregierung. So kündigte Wang Qishan, Bürgermeister von Beijing, an, dass in diesem Jahr die Wachstumsrate auf 9% beschränkt werden soll. Dies sind 4,2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Wang betonte in der Sitzung des Volkskongresses der Stadt Beijing im Februar, dass seine Verwaltung Anstrengungen machen wird „to promote economic restructuring, intensify urban management and build a harmonious society“. (XNA, 12.2.05).

Auch andere Lokalregierungen wiederholten diese Ziele und kündigten niedrigere Wachstumsraten an. Beispielsweise hat die Stadt Tianjin die Marke um 3,7% auf 12%

gesenkt, Guangdong reduzierte das BIP-Wachstumsziel um 4,2% auf 10%, Shandong um 5% auf 10% etc. (ST, 5.3.05; XNA, 12.2., 5.3.05)

36 Regierung will die Staatsunternehmen nicht mehr subventionieren

Anfang Februar d.J. wurde auf dem Treffen des Exekutivkomitees des Staatsrates beschlossen, dass Staatsunternehmen, die in Konkurs sind, keine Subventionen mehr erhalten. Sie sollen nur noch den gesetzlichen Bestimmungen und den Marktgesetzen unterliegen. Vorreiter bei der Umsetzung der Maßnahme sind Beijing, Shanghai, Jiangsu, Zhejiang und Fujian. Li Rongrong, Minister der staatlichen Asset Supervision and Administration Commission (SASAC), geht von einer Übergangsperiode von rd. vier Jahren aus, bis aus der staatlich unterstützten Abwicklung von Konkursverfahren eine nur auf gesetzlichen und marktlichen Bedingungen basierende Abwicklung wird.

Bisher subventioniert die Regierung (Zentrale und die Lokalregierungen) Staatsunternehmen in finanziell schwieriger Lage. Im Gegenzug müssen die Unternehmen für das Wohlergehen der freigesetzten Arbeitskräfte sorgen. Bis April 2004 wurden 3.377 insolvente Staatsunternehmen durch administrative Eingriffe geschlossen und 6,2 Mio. Arbeitskräfte in andere Bereiche bzw. Unternehmen verlagert. Für diese Abwicklung finanzierte die Regierung Subventionen in Höhe von 49,3 Mrd. RMB und erlaubte den Staatsbanken, 223,8 Mrd. RMB an faulen Krediten abzuschreiben, die durch die Konkurse der Staatsunternehmen entstanden waren.

Für das Jahr 2004 berichtet die SASAC, dass die Staatsunternehmen eine gute Performance gezeigt hätten. So sei der Umsatz der großen Staatsunternehmen auf 5,55 Billionen RMB (671 Mrd. US\$) bzw. um 25,8% gestiegen. Die Gewinne der Unternehmen haben sich auf 478,64 Mrd. RMB (58 Mrd. US\$) belaufen, eine Zunahme um 57,6% gegenüber 2003.

Die SASAC hat Anfang März weiterhin angekündigt, dass Obergrenzen für die Einkommen der leitenden Manager der Staatsunternehmen festgelegt werden sollen. Ange-dacht ist ein Einkommensniveau von maximal dem 14fachen eines durchschnittlichen Einkommens. Hintergrund für diese geplanten Beschränkungen sind die extrem hoch ausfallenden Einkommen der Top-Manager.

Für die erfolgreiche Restrukturierung der Staatsunternehmen ist die Stärkung der Innovationskraft der alten Industriestandorte in Nordostchina von besonderer Bedeutung. Neben der finanziellen Unterstützung der Unternehmen in den Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang und ihrer Reorganisation in Aktiengesellschaften ist der Zugang dieser Unternehmen zum Kapitalmarkt sehr wichtig geworden. (XNA, 1.2., 2.2., 2.3., 7.3.05)

SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

37 Zusammenschluss von zwei Beijing-freundlichen Parteien angekündigt

Am 16. Februar kündigten die Beijing-freundlichen Parteien Democratic Alliance for Betterment of Hong Kong (DAB) und die Hong Kong Progressive Alliance (HKPA) ihren Zusammenschluss zur *Democratic Alliance of the Betterment and Progress of Hong Kong* (DAB) an. Die Wahl der Parteispitze ist für Mai 2005 vorgesehen. Hongkonger Quellen zufolge ist eine Fortsetzung der Amtszeit des Vorsitzenden der „alten“ DAB, Ma Lik, zu erwarten.

Gemeinsame Visionen wie die Implementierung des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*), die Realisierung des Konzepts „ein Land, zwei Systeme“ und die Regierung Hongkongs durch Hongkonger Bürger hätten in den vergangenen Jahren das Fundament für eine enge

Zusammenarbeit gelegt. Durch den Zusammenschluss sähen beide Parteien bessere Chancen für das Erreichen eines größeren Wählerkreises, außerdem verfüge eine gemeinsame Partei über eine stärkere „patriotische Stimme“. Die neue DAB stellt mit 2.300 Mitgliedern die größte Partei Hongkongs und die größte politische Gruppierung, die sich für die Interessen der Hongkonger Geschäftsleute und der Mittelklasse einsetzt. Im 800-köpfigen Wahlausschuss (*Election Committee*), der den Hongkonger Regierungschef (*Chief Executive*) wählt, verfügt die neue Partei über 125 Sitze.

Bereits im Dezember hatte die HKPA angekündigt, Konsequenzen aus dem Wahldebakel bei der Wahl zur Legislativversammlung (*Legislative Council*) ziehen zu wollen. Damals verpasste sie den Einzug in das Parlament, obwohl sie während der vorangegangenen Legislaturperiode noch über fünf Parlamentssitze verfügt hatte. In einem ersten Schritt hatte der Parteivorsitzende, Ambrose Leung, angekündigt, nicht mehr für dieses Amt kandidieren zu wollen (vgl. C.a., 2004/12, Ü 28). Der zweite Schritt folgte nun mit dem Zusammenschluss mit der größten Partei im Hongkonger Parlament. Damit dürfte vor allem die HKPA ihr politisches Gewicht stärken wollen. Die „alte“ DAB dürfte im Gegenzug von dem hinzugewonnenen Klientel in der Hongkonger Geschäftswelt profitieren. Insgesamt erscheint bei den nächsten Wahlen zur Legislativversammlung durch die Diversifizierung des Partei- und Wählerklientels der DAB für die neue DAB nun ein Zugewinn bei den beruflichen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*) möglich. (RTHK, Radio 3, 16.2.05, nach BBC PF, 17.2.05; XNA, 16.2.05; SCMP, 17., 21.2.05, WSJ, 13.2.05; BBC News Asia-Pacific online, 14.2.05) -kw-

38 Freilassung von Alex Ho und geplante Verwarnung für James To durch die Legislativversammlung

Zwei Kandidaten für einen Sitz in der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) bei den Wahlen im September 2004, die sich mit unterschiedlichen Anschuldigungen während des Wahlkampfes auseinander setzen mussten, sahen sich im Februar und März 2005 erneut gezwungen, sich ihren Vorwürfen zu stellen.

Alex Ho, Kandidat der Democratic Party für den Wahlbezirk Kowloon East bei der Wahl zur Legislativversammlung, der im August 2004 wegen des Vorwurfs, die Dienste einer Prostituierten in Anspruch genommen zu haben, im südchinesischen Dongguan verhaftet und zu sechs Jahren Arbeitslager verurteilt worden war, wurde am 28. Januar 2005 wegen guter Führung vorzeitig freigelassen (vgl. C.a., 2004/8, Ü 29, 2004/9, S. 1105-1014).

Während einer Pressekonferenz am 3. Februar 2005 wies Ho nochmals explizit auf seine Unschuld hin. Die Behauptung der Polizei in Dongguan, ihn inflagranti aufgegriffen zu haben, sei unhaltbar, da es sich bei der Frau lediglich um eine Freundin gehandelt habe, die zudem vollständig bekleidet gewesen sei. Er habe sich wegen fehlenden rechtlichen Beistands und aufgrund einer entsprechenden Bitte seiner Ehefrau zu einem Geständnis gezwungen gefühlt. Ohne die Democratic Party namentlich zu nennen, machten die Behörden in Dongguan im Gegenzug die Partei dafür verantwortlich, dass der Beschuldigte derartige Lügen verbreite. In seinem Bericht über den Lageraufenthalt beschrieb Ho die 168 Tage in Gefangenschaft als die schwärzesten seines Lebens. Ferner bezichtigte er die Polizei in Dongguan, ihm eine angemessene ärztliche Behandlung und Medikamente verweigert zu haben.

Unterdessen mischten sich auch Vertreter der Beijing-freundlichen Parteien in Hongkong in den Fall ein und setzten sich erwartungsgemäß